Landeschronik von Appenzell A.Rh.

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Appenzellische Jahrbücher**

Band (Jahr): **126 (1998)**

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Landeschronik von Appenzell A.Rh. für das Jahr 1998

von Jürg Bühler, Herisau

Eidgenössische Abstimmungen

Die Stimmberechtigten mussten im Jahre 1998 an zwei Wochenenden zu insgesamt sieben eidgenössischen Vorlagen Stellung nehmen. Am Wochenende vom 6./7. Juni gelangten die Vorlage über Massnahmen zum Haushaltsausgleich des Bundes, die Gen-Schutz-Initiative sowie die Initiative Schweiz ohne Schnüffelstaat zur Abstimmung. So knapp wie in Ausserrhoden wurde die Gen-Schutz-Initiative in keinem Kanton verworfen, bei den beiden anderen Vorlagen liegen die Stimmenzahlen im eidgenössischen Mittel. Bei den eidgenössischen Vorlagen vom 28./29. November ging es um die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs, den Getreideartikel, die Droleg-Initiative (teilweise Straffreiheit für Drogenkonsumenten) sowie um das revidierte Arbeitsgesetz. Auf Bundesebene wurden ausser der Droleg-Initiative alle Vorlagen gutgeheissen, in Ausserrhoden zudem auch die Vorlage über die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs mit einem Nein-Überschuss von sieben Stimmen abgelehnt.

		Ja	Nein
7. Juni	Haushaltsausgleich	11 572	4 323
	Gen-Schutz-Initiative	7 206	9 115
	Initiative Schweiz ohne Schnüffelstaat	3 723	12 220
29. November	Finanzierung öffentlicher Verkehr	7 632	7 639
	Getreideartikel	11 163	3 553
	Droleg-Initiative	3 776	11 434
	Arbeitsgesetz	9 449	5 295

Wahlen in den Regierungsrat

Am ersten Mai-Wochenende fanden in Ausserrhoden erstmals Regierungsratswahlen an der Urne statt. Die Regierungsratsmitglieder Werner Niederer (SP), Marianne Kleiner, Alice Scherrer und Gebi Bischof (alle FDP) ersuchten um Bestätigung. Für die zurücktretenden Regierungsräte Ernst Graf, Hanswalter Schmid und Ueli Widmer waren Nachfolger zu wählen. Für die drei vakanten Sitze kandidierten Kantonsrat Hans Altherr, Trogen, Kantonsrat Jakob Brunn-



Der neugewählte Baudirektor Jakob Brunnschweiler, neben ihm Erziehungsdirektor Gebi Bischof. (Bild: H9)

schweiler, Teufen, und Gemeinderat Jürg Wernli, Herisau, von der FDP; Kantonsrat Hans Diem, Herisau, wurde von der SVP und Gemeinderat Paul Vuilleumier, Herisau, von der SP vorgeschlagen. Als Aussenseiter traten zudem der parteilose Kantonsrat Paul Weder, Heiden, und der ebenfalls parteilose René Lips, Herisau, an. Der Wahlkampf wurde engagiert ausgetragen, insbesondere weil die SVP mit Hans Diem erstmals einen Sitz und die SP mit Paul Vuilleumier einen zweiten Sitz anstrebte. Diskutiert wurde aber auch die Vertretung der Bezirke, kamen doch drei der fünf aussichtsreichsten Kandidaten aus dem Hinterland, welches bereits vor den Wahlen doppelt in der Regierung vertreten war. Im ersten Wahlgang erreichte bei einer Stimmbeteiligung von 44 Prozent neben den vier bisherigen Regierungsmitgliedern nur Hans Altherr das absolute Mehr. Mit klarem Mehr als Landammann gewählt wurde die einzige offizielle Kandidatin Marianne Kleiner, sie erreichte 12 882 Stimmen, das absolute Mehr betrug 7301 Stimmen; auf Werner Niederer entfielen 694 und auf Alice Scherrer noch 177 Stimmen.

Die Stimmenzahlen im ersten Wahlgang (absolutes Mehr 7706):



Der neugewählte Volkswirtschaftsdirektor Hans Altherr (links) im Gespräch mit dem ebenfalls neugewählten Landwirtschaftsdirektor Hans Diem. (Bild: H9)

Werner Niederer	14 566	(gewählt)
Alice Scherrer	14 500	(gewählt)
Marianne Kleiner	14 265	(gewählt)
Gebi Bischof	14 111	(gewählt)
Hans Altherr	9 528	(gewählt)
Jakob Brunnschweiler	7 523	
Jürg Wernli	6 567	
Hans Diem	6 520	
Paul Vuilleumier	5 649	
Paul Weder	2 389	
René Lips	988	
Vereinzelte	769	

Zum zweiten Wahlgang am 17. Mai traten die beiden im ersten Wahlgang klar geschlagenen Paul Weder und René Lips nicht mehr an. Die vier andern Kandidaten – Jakob Brunnschweiler, Hans Diem, Jürg Wernli und Paul Vuilleumier – stellten sich nochmals den Wählerinnen und Wählern. Das Rennen machten Jakob Brunnschweiler klar vor Hans Diem, geschlagen blieben Paul Vuilleumier und Jürg Wernli. Nach dem zweiten Wahlgang stand damit fest, dass die Schweizerische Volkspartei mit Hans Diem erstmals einen Sitz in der Ausserrhoder Regierung erobert hatte.

Die Stimmenzahlen im zweiten Wahlgang:

Jakob Brunnschweiler	7104	(gewählt)
Hans Diem	5872	(gewählt)
Paul Vuilleumier	5271	
Jürg Wernli	4811	

Bei der Ressortverteilung kam es zu einem Direktionswechsel. Sicherheitsdirektor Werner Niederer übernahm neu die Direktion des Innern und der neu gewählte Hans Diem übernahm neben der Land- und Forstwirtschaftsdirektion noch die Sicherheitsdirektion. Hans Altherr wurde neuer Volkswirtschaftsdirektor und Jakob Brunnschweiler steht der Bau- und Umweltdirektion vor. Die andern Regierungsmitglieder behalten ihre Ressorts: Finanzen (Marianne Kleiner), Gesundheit (Alice Scherrer) und Erziehung/Kultur (Gebi Bischof).

Kantonale Abstimmungen

Nach der im Herbst des Vorjahres beschlossenen Abschaffung der Landsgemeinde hatten die Ausserrhoder Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am *7. Juni* erstmals an der Urne über kantonale Vorlagen zu befinden. Alle fünf zur Abstimmung gelangenden Vorlagen wurden bei einer Stimmbeteiligung von 42 Prozent klar angenommen.

	Ja	Nein
Gemeindegesetz	11 306	3 207
Landwirtschaftsgesetz	10 513	3 721
Kredit Strassenbau Wolfhalden	9 729	5 064
Kredit Strassenbau Hundwil	9 429	5 482
Staatsrechnung 1997	13 098	1 557

Bisher kannte Ausserrhoden kein eigenständiges Gemeindegesetz mit Bestimmungen zum Gemeinderecht und zur Organisation der Gemeinden. Im neuen wird der «Gemeindehauptmann» durch «Gemeindepräsident» bzw. «Gemeindepräsidentin» ersetzt. Die Amtsdauer der Behördenmitglieder wird einheitlich auf vier Jahre festgelegt. Das neue Landwirtschaftsgesetz postuliert eine zukunftsgerichtete, innovative, unternehmerische, marktgerechte, ökologische und selbständige Landwirtschaft. Es schafft die Rechtsgrundlage für die Umsetzung der Agrarpolitik des Bundes und die Voraussetzungen fiir eine kantonale Agrarpolitik, die der einheimischen Landwirtschaft optimale Rahmenbedingungen bieten kann.

Am *27. September* hatten die Stimmberechtigten über drei Vorlagen abzustimmen, alle drei fanden die Zustimmung des Souveräns.

	Ja	Nein
Abschaffung Erbschaftssteuer	14 498	5563
Neuregelung der Volksrechte	14 155	4439
Gesetz über die politischen Rechte	13 835	4616

Die Abschaffung der Erbschaftssteuer in Ausserrhoden war eine direkte Folge des Verzichts auf diese Steuer im Nachbarkanton St.Gallen. Die Ausserrhoder Regierung hatte die Abschaffung der Erbschaftssteuer damit begründet, dass Ausserrhoden mit St.Gallen gleichziehen müsse, wolle man die Abwanderung oder weniger Neuzuzüger vermögender Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Kauf neh-

men. Die beiden Vorlagen betreffend Verfassungsänderung zur Neuregelung der Volksrechte und das teilrevidierte Gesetz über die politischen Rechte waren eine Folge der Abschaffung der Landsgemeinde. Die wesentlichen Neuerungen sind die vierjährige Amtsdauer der Regierung und die Einführung des fakultativen Referendums.

Staatsrechnung 1998

Die Ausserrhoder Staatsrechnung schloss bei Ausgaben von 308,99 Millionen und Einnahmen von 309,17 Millionen Franken um mehr als 10 Millionen Franken besser ab als budgetiert. Die Sanierung der Kantonsfinanzen seit dem Tiefpunkt im Zuge der Kantonalbankaffäre 1996 hat damit nach den Worten von Finanzdirektorin Marianne Kleiner einen bedeutenden Schritt vorwärts gemacht. Bei all jenen Aufgabenbereichen, die im Einfluss des Kantons liegen, ist es weitestgehend gelungen, das Ausgabenwachstum in den Griff zu bekommen und dauerhafte Entlastungen herbeizuführen. Der Besserabschluss ist aber in geringerem Ausmass Minderausgaben und weit stärker höheren Erträgen zu verdanken. Ausserordentliche Mehreinnahmen gab es bei den Erbschaftssteuern (im Bereich der nicht oder entfernt Verwandten). Auf 3,4 Millionen Franken belief sich hier der über dem Budget liegende Betrag. Wegen einer Änderung der Auszahlungspraxis (Betreffnisse für zwei Jahre) ist auch der Anteil am Reingewinn der Nationalbank um 4,1 Millionen Franken höher ausgefallen. Als «besonders erfreulich» bezeichnete die Finanzdirektorin das Wachstum der Landessteuern (plus 2,4 Prozent). Vor allem der Mehrertrag bei den juristischen Personen deute auf einen, wenn auch noch zaghaften, konjunkturellen Aufschwung hin. Dazu gibt es eine Reihe kleiner positiver Budgetabweichungen, die aber insgesamt doch ins Gewicht fallen. Massiv negativ schlägt dagegen der Mehraufwand von 4,2 Millionen Franken für ausserkantonale Hospitalisationen zu Buche. Obwohl sie um 4,2 Millionen Franken unter dem Budget lagen, erreichten die Nettoinvestitionen mit 38,2 Millionen Franken den höchsten Wert in der Geschichte des Kantons. Mit der Fertigstellung der Bautätigkeit an den Spitälern wird dieser Betrag allerdings zurückgehen. Der Selbstfinanzierungsgrad beläuft sich auf 89 Prozent. Der Bilanzfehlbetrag ist von 18,4 Millionen Franken im Jahre 1996 auf 4,8 Millionen gesunken und dürfte unerwarteterweise bereits bis zum Ende des Jahrtausends vollständig getilgt sein. Die Nettoverschuldung liegt noch bei 80 Millionen Franken. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Personal mit einer Abschlussprämie am guten Rechnungsergebnis zu beteiligen. Vorgesehen ist beim ganzen kantonalen Personal pro 100-Prozent-Stelle 1000 Franken auszurichten. Teilzeitstellen werden anteilmässig honoriert. Die vorgesehenen Prämien kosten den Kanton

1,14 Millionen Franken. Die Finanzdirektorin begründete den Antrag damit, das Personal habe mit Kostenbewusstsein und Engagement viel zur Kosteneindämmung beigetragen. Nachdem die Anstellungsbedingungen in den letzten Jahren stark an die Privatwirtschaft angeglichen worden seien, sei es nun möglich, auch Gepflogenheiten anzuwenden, wie sie in der Wirtschaft gängig seien und die gute Leistung mit Abschlussprämien zu honorieren.

Kantonsrat

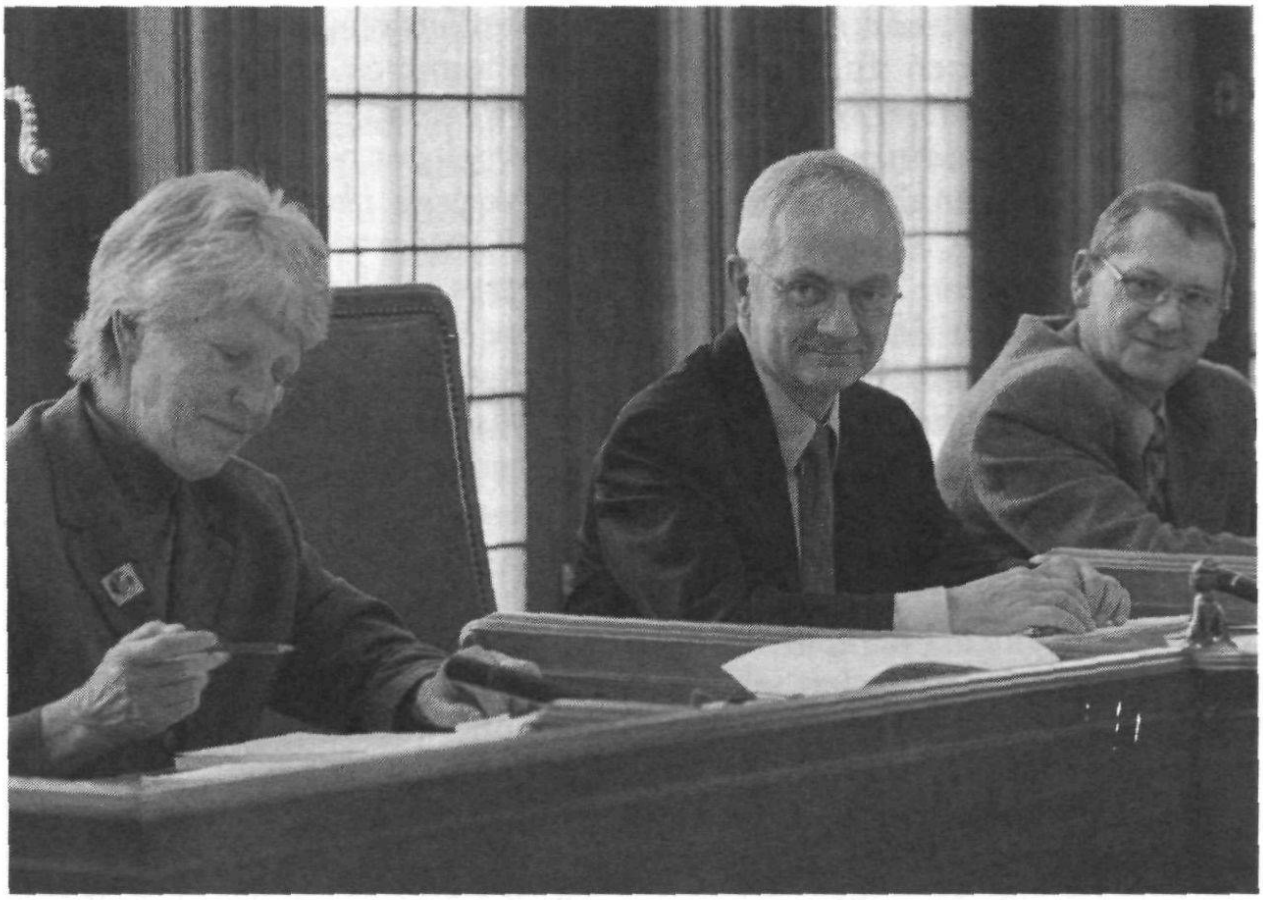
Der Ausserrhoder Kantonsrat trat 1998 zu nicht weniger als sechs meistens ganztägigen Sitzungen zusammen. Im Zentrum der Debatte standen dabei die verschiedensten Vorlagen. Sehr kontrovers diskutiert wurde insbesondere die Totalrevision bzw. die völlige Abschaffung des kantonalen Gastwirtschaftsgesetzes, daneben wurden auch das neue Gemeindegesetz und das Landwirtschaftsgesetz verabschiedet.

An seiner Sitzung am *23. Februar* hat der Kantonsrat vor allem über gesetzliche Regelungen für das Gastgewerbe debattiert. Der Rat sagte in erster Lesung mit 31 zu 25 Stimmen Ja zu einem Moratorium, wonach das neue Gastwirtschaftsgesetz für drei Jahre ausgesetzt werden sollte. Erst anschliessend sollte dann definitiv über Abschaffung oder allenfalls Wiederinkraftsetzung des Gastwirtschaftsgesetzes entschieden werden. Vor seinem Ja zum Moratorium hatte der Rat das auf 19 Artikel abgespeckte neue Gastwirtschaftsgesetz beraten. Mit deutlichem Mehr hat er dabei den Polizeistunden-Artikel gestrichen und damit auf jede gesetzliche Regelung der Öffnungszeiten für gastgewerbliche Betriebe verzichtet. In der Diskussion hatten die Moratoriums-Befürworter unterstrichen, dass es für das Gastgewerbe kein separates Gesetz brauche. Bau- und Hygienevorschriften, aber auch Regelungen betreffend Lärmimmissionen seien bereits in anderen Gesetzen vorhanden. Die Moratoriums-Gegner ihrerseits befürchteten «Anarchie» im Gastgewerbe und plädierten auch aus Gründen des Jugendschutzes und des Alkoholmissbrauchs für ein Gesetz. – Der Kantonsrat hat im Weiteren das revidierte Landwirtschaftsgesetz und das neue Gemeindegesetz in zweiter Lesung verabschiedet. Beim Gemeindegesetz bleibt es bei der in der Volksdiskussion kritisierten Bezeichnung Gemeindepräsident statt wie bis anhin Gemeindehauptmann. – Ohne Diskussion passierten zwei Strassenbaukredite: 4,2 Mio. Franken für die Korrektion der Staatsstrasse Wolfhalden–Rheineck und 5,8 Mio. Franken für eine Korrektion in der Sonderau zwischen Hundwil und Stein. – Schliesslich hat der Rat im Zusammenhang mit der Ausmerzung von Schwachstellen im Parlamentsbetrieb der Offenlegung der Parteizugehörigkeit zugestimmt.

Die Kantonsratssitzung vom *27. April* war für die drei Regierungsrä-

te Hanswalter Schmid, Ernst Graf und Ueli Widmer zugleich ihre letzte auf der Regierungsbank. Ratspräsident Tischhauser würdigte die vielfältigen Verdienste der drei abtretenden Regierungsmitglieder. Bei den Sachgeschäften standen die Abschaffung der Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen sowie Verfassungs- und Gesetzesänderungen als Folge der Abschaffung der Landsgemeinde im Vordergrund. – Bei der Vorlage über die Erbschaftssteuer wies der Kantonsrat einen Nichteintretensantrag deutlich ab. In der Schlussabstimmung wurde die Abschaffung der Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen nur mit einer Stimme Mehrheit gutgeheissen. Finanzdirektorin Marianne Kleiner wies mehrmals darauf hin, dass man keineswegs aus Begeisterung die Vorlage zur Abschaffung der Erbschaftssteuer unterbreite. Es gehe nur um einen «Vernunftantrag» als Reaktion auf den entsprechenden Entscheid des Kantons St.Gallen. Ausserrhoden dürfe sich diesen Standortnachteil einfach nicht leisten. Sie versprach wie schon in der ersten Lesung, dass die Ausfälle von rund drei Millionen Franken für Kanton und Gemeinden ohne Steuererhöhung verkraftbar seien. Ein Nichteintretensantrag, im jetzigen Zeitpunkt auf eine Teilrevision zu verzichten, zumal der Handlungsbedarf zur Standortattraktivität ohnehin bei den entfernten und Nicht-Verwandten liege, wurde klar abgelehnt. Gegen die Abschaffung machten sich SP-Vertreter, aber auch Bürgerliche stark. Schliesslich wurde die Vorlage mit 31:30 Stimmen nur ganz knapp in befürwortendem Sinne an das Volk weitergeleitet. – Bei der Beratung der Vorlage über die Teilrevision der Kantonsverfassung und des Gesetzes über die politischen Rechte wurde in erster Lesung beschlossen, dass aus dem traditionellen Ausserrhoder Landammann ein Regierungspräsident oder eine Regierungspräsidentin mit Wahl durch den Kantonsrat auf ein Jahr wird. Anträge der vorberatenden Kommission für eine Aufwertung des Amtes und die Beibehaltung der Volkswahl scheiterten klar. Der Rat folgte damit weitgehend den Anträgen des Regierungsrates, der betont hatte, die Qualität des Amtsträgers sei nicht vom Wahlorgan abhängig. Mit dem Wegfall der Landsgemeinde habe sich dieses Amt entscheidend gewandelt. Eine Angleichung an die Praxis anderer Kantone liege auf der Hand. Die Belastung für einen auf vier Jahre gewählten Landammann wäre zu gross. – Weitere Geschäfte der Aprilsitzung waren Verabschiedung der Staatsrechnung, die Diskussion über den Rechenschaftsbericht des Regierungsrates und den Bericht der Staatswirtschaftlichen Kommission (StWk). Schliesslich beschloss der Rat die Initiative für die erleichterte Einbürgerung jugendlicher Ausländer abzulehnen, ihr aber einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen, mit dem die Ziele der Initiative ebenfalls erreicht werden sollten.

An der konstituierenden Sitzung des Kantonsrates vom *15. Juni* sas-



Das Büro des Kantonsrates mit Präsident Urs Tischhauser (Mitte) und den beiden Vize Elisabeth Kunz-Langenauer und Rolf Degen. (Bild: H9)

sen die drei neugewählten Regierungsmitglieder Jakob Brunnschweiler, Hans Diem und Hans Altherr erstmals auf der Regierungsbank. Alle drei gehörten zuvor dem Rat als Mitglieder an. Traditionsgemäss wurde die Sitzung vom Landammann eröffnet. Marianne Kleiner befasste sich in ihrer Rede mit der gegenwärtigen Phase des Wandels und seinen Auswirkungen auf den Kanton. Dabei zeigte sie sich optimistisch, weil Ausserrhoden gute Voraussetzungen habe. Es gelte, sich auf die Stärken zu besinnen. Urs Tischhauser, Bühler, wurde für ein zweites Jahr zum Ratspräsidenten gewählt. Erste Vizepräsidentin bleibt Elisabeth Kunz, Herisau. Neu zweiter Vizepräsident wurde Rolf Degen, Rehetobel. Die beiden Kantonsräte Hansruedi Laich, Trogen, und Köbi Frei, Heiden, sowie 26 weitere Behördenmitglieder wurden vereidigt. – In den kantonsrätlichen Kommissionen waren verschiedene Ersatzwahlen zu tätigen. Umstritten war nur die Finanzkommission. Hier wurden nach verschiedenen Wahlgängen Elisabeth Eschler, Bühler, Hansruedi Laich, Trogen, und Ursula Mosimann, Wald, gewählt. Neu ins Kantonsgericht gewählt wurde nach einer längeren Diskussion über die Wahlvorbereitung Hans-Peter Wick-Fischer, Teufen. – Die Sach- und Terminpla-

nung des Regierungsrats für die Jahre 1998 bis 2003 nahm der Kantonsrat nach Klärung einiger Fragen und etlichen Bemerkungen zur Kenntnis. – Keine Diskussionen lösten die Objektkredite Strassenbau aus. Es ging um einen Rahmenkredit von 2,1 Millionen Franken für den Ausbau der Stossstrasse im Bereich Hebrig in Gais mit einem Rad- und Gehweg und um die Abgabe der Oberen Gossauerstrasse in Herisau an die Gemeinde mit einer Auslösesumme von 640 000 Franken. Dazu kam ein Sammelkredit von einer Million Franken für die Projektierung von Verkehrszählungen. – Innert Kürze wurden die Änderung der Umweltschutzverordnung zur Anpassung an Bundesrecht erledigt, und problemlos passierten auch die Kenntnisnahme der Rechnung und des Geschäftsberichtes der Assekuranz AR und derjenige der Pensionskasse.

An der Sitzung des Kantonsrates am *17. August* erlebte das Parlament mit den durch die neue Verfassung ermöglichten Auftritten von Christoph Langenauer, Speicher, und Peter Wegelin, Teufen, zur mündlichen Begründung ihrer Beiträge in der Volksdiskussion eine Premiere. Im übrigen stiess der Rat auf seinen in erster Lesung gefällten Beschluss, aus dem Landammann einen Regierungspräsidenten zu machen, wieder um. – Die Debatte zur Verfassungs- und Gesetzesrevision als Folge der Abschaffung der Landsgemeinde begann mit einem Novum. Erstmals nutzten zwei Teilnehmer der Volksdiskussion die Gelegenheit, ihre schriftlich festgehaltene Meinung auch mündlich im Kantonsrat zu vertreten. Sowohl Christoph Langenauer, Speicher, als auch Peter Wegelin, Teufen, traten als vehemente Verteidiger der Volkswahl des Landammanns und gegen die «Beschneidung» der Volksrechte und die «Abschaffung eines Teils der Demokratie» auf. Kommissionspräsident Hansueli Schläpfer erklärte sich «überrascht, aber auch erfreut» über die «Kehrtwende des Regierungsrates, der nun auch für die Volkswahl des Landammanns eintrete, wie die Kommission schon in erster Lesung. Dies sei aus «politischen Gründen geschehen», aber auch der Umstand, dass sich die Zusammensetzung der Regierung geändert habe, spiele mit, sagte Werner Niederer, der neue Chef der Direktion des Innern. Der «Schwenker» der Regierung wurde aber auch kritisiert; verschiedentlich wurde angezweifelt, dass die Teilnehmer der Volksdiskussion wirklich repräsentativ für die Volksmeinung seien. Auch wurde erklärt, man klammere sich wie an einen Strohhalm an alles Alte und traure der Landsgemeinde nach. Schliesslich votierten 44 Parlamentsmitglieder für die Volkswahl des Landammanns auf vier Jahre, 15 waren dagegen. – Ebenfalls in zweiter Lesung, aber diskussionslos, wurde der Gegenvorschlag zur Initiative und Petition zur erleichterten Einbürgerung jugendlicher Ausländer gutgeheissen und zwar in der Schlussabstimmung mit 58:1 Stimmen. – In der weniger verbind-

lichen Form des Postulates wurde eine Motion der vorberatenden parlamentarischen Kommission gutgeheissen, wonach der Regierungsrat speditiv eine Vorlage ausarbeiten soll, die den im März zurückgezogenen Bereich Referendumsdemokratie beschlagen soll. Dabei soll die Revision inhaltlich umfassender sein als ursprünglich geplant und zum Beispiel auch Prüfung der Einführung eines Verfassungsvorbehaltes und die Einführung des konstruktiven Referendums mit Gegenvorschlag als Kompensation zur Abschaffung des obligatorischen Gesetzesreferendums beinhalten. – Die Verordnung über die Strafanstalt Gmünden wurde vom Kantonsrat dahingehend revidiert, dass anstelle der Aufsichtskommission eine Betriebskommission amtet und eine unabhängige Rekursinstanz gegen Beschwerdeentscheide der Direktion eingeführt wird.

Im Mittelpunkt der Kantonsratssitzung vom *16. November* stand die zweite Lesung des Gastwirtschaftsgesetzes. Hauptdiskussionspunkt war nicht unerwartet die Regelung der Öffnungszeiten, welche nach der ersten Lesung ganz aus dem Gesetz verschwunden waren. Mit dem Entscheid, die Öffnungszeiten im Gesetz zu regeln, folgte der Rat Regierungsrat und Expertenkommission. Neben dem Gesetz soll – so beschloss der Rat mit 43 Ja zu 17 Nein – an der Urne auch das dreijährige Moratorium zum Entscheid vorgelegt werden. Werden beide Vorlagen angenommen, entscheidet die gestellte Stichfrage; bei einem doppelten Nein gilt weiter das alte Gesetz. In der Eintretensdebatte wurden die unterschiedlichen Standpunkte nochmals deutlich. Der Präsident der vorberatenden Kommission argumentierte, dass Deregulierung nicht einfach Verzicht auf ein Gesetz heisse, das vorliegende Gesetz sei schlank und nötig, um bei Missbräuchen eingreifen zu können. Der Präsident der Deregulierungskommission seinerseits bekräftigte die Haltung seiner Kommission, am Moratorium festzuhalten. Zum Moratorium wurde gesagt, es schaffe die Möglichkeit, das Gesetz «auf Probe» auszusetzen und nach drei Jahren zu entscheiden. – Verabschiedet hat der Rat einstimmig je eine Interkantonale Vereinbarung über Fachhochschulen und eine Interkantonale Vereinbarung über Höhere Fachschulen. Die beiden Vereinbarungen streben eine einheitliche Regelung betreffend den freien Zugang, die Gleichbehandlung aller Studierenden und die interkantonale Abgeltung für die Studienkosten an. – Im Weiteren hat der Kantonsrat die Verordnung über die Tiergesundheit ohne Gegenstimme genehmigt. Die Verordnung war von einer Arbeitsgruppe auf der Grundlage des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes erarbeitet worden, welchem die Stimmberechtigten im Juni dieses Jahres zugestimmt hatten.

Das bei einem Aufwand von rund 307 Millionen Franken mit einem kleinen Ertragsüberschuss abschliessende Budget 1999 stand im Mittelpunkt der Sitzung des

Kantonsrates vom *7. Dezember.* Einhellig war der Tenor in der Budgetdebatte des Kantonsrates, dass die vorwiegend durch das Kantonalbankdesaster ausgelöste Finanzkrise ausgestanden ist und die Perspektiven rosig sind. Das Budget 1999 sehe wirklich positiv aus, sagte Finanzdirektorin Marianne Kleiner. Dank dem vorausschauenden Handeln dürfte Ausserrhoden von schmerzhaften Prozessen verschont bleiben, wie sie andere Kantone nun durchmachten. Marianne Kleiner dankte für das Mitziehen der früheren und jetzigen Kolleginnen und Kollegen im Regierungsrat und den Erfindergeist, den die Verwaltung bei der Bewältigung der Situation gezeigt habe. Ausserrhoden habe nun eine gute Ausgangslage für die Zukunft. Dennoch dürfe man die Zügel nicht schleifen lassen. Auch der Präsident der Finanzkommission stimmte in den positiven Grundtenor ein und dankte der Regierung ausdrücklich, warnte aber vor dem Aufkommen von Begehrlichkeiten aufgrund der besseren Situation. Trotz der erfreulichen Kantonsfinanzen wurde in der Debatte aber auf die Finanzsorgen der Gemeinden hingewiesen. Der Bund spare, der Kanton spare und zuletzt treffe es die Gemeinden. Viele kommunale Budgets seien ausgereizt, und es dürfen keine weiteren Kosten mehr auf die Gemeinden abgewälzt werden. Gefordert wurde ein Überdenken des innerkantonalen Finanzausgleichs. Denn das jetzige System bestrafe sparwillige Gemeinden und belohne solche, die sich teure Infrastrukturen auf Pump leisteten, statt mit anderen zu kooperieren. – Nach der Klärung einiger Einzelfragen hat der Rat vom Finanzplan 2000–2002 und vom Investitionsplan 2000–2004 Kenntnis genommen. – Diskussionslos wurde dem Antrag der Regierung zugestimmt, insgesamt 16,5 Millionen Franken für die Prämienverbilligung einzusetzen und den Kantonsbeitrag wie in den Vorjahren um 32 Prozent zu kürzen, also den Bundesbeitrag nicht zu 100 Prozent auszuschöpfen. Damit kommt rund ein Drittel der Bevölkerung in den Genuss vergünstigter Prämien. – Nach kurzer Diskussion wurde oppositionslos einer Änderung des Gesetzes über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV zugestimmt, die eine Anpassung an die erhöhten Ansätze des Bundes bringt. – Im Rahmen des Eröffnungsvotums von Präsident Urs Tischhauser hat der Kantonsrat von der Beantwortung der Petition über Verantwortlichkeitsklagen im Zuge des Kantonalbank-Debakels Kenntnis genommen. Kürzlich hatte das Bundesgericht eine staatsrechtliche Beschwerde gegen die Ungültigerklärung einer entsprechenden Initiative abgelehnt.

Rechtspflege

In Ausserrhoden haben die Gesuche um unentgeltliche Rechtspflege 1998 erneut um rund zehn Prozent zugenommen. So machten sie einen Achtel aller einzelrichterlichen Fälle aus. In erster Instanz

nahm die Zahl dieser Gesuche auf 133 zu. Dagegen hatte der Obergerichtspräsident noch über deren zwölf zu entscheiden gegenüber 22 im Vorjahr. Die Auswirkungen auf die Staatsausgaben durch die ständige Zunahme unentgeltlicher Rechtspflege waren «nicht ganz unerheblich», heisst es im Rechenschaftsbericht des Obergerichts. Zusammen mit den Kosten für amtliche Verteidigung sind in der Staatsrechnung 1998 knapp 280 000 Franken ausgewiesen. Über das Ganze gesehen war die Zahl der Neueingänge von Fällen am Obergericht leicht abnehmend. Bei den Vermittlern betrug die Abnahme zehn Prozent. Hier wird das neue Scheidungsrecht ab dem Jahr 2000 nochmals eine deutliche Verringerung in der Grössenordnung von 30 Prozent bringen. – Bei den Betreibungsämtern wurde eine Zunahme der Geschäftslast festgestellt. Dagegen nahm die Anzahl der neu eingegangenen Konkursverfahren nach dem Höchststand von 66 im Jahre 1996 erneut auf mittlerweile 42 ab. Beim Verwaltungsgericht hat sich die Geschäftslast im vierten Amtsjahr seit der Schaffung erstmals nicht vergrössert. 116 Urteile konnten gefällt werden gegenüber 98 im Vorjahr.

Gesundheitswesen

Vor vier Jahren hat Ausserrhoden bei seinen Spitälern das Globalkredit-System eingeführt. Dieses bewährt sich bestens, denn erneut haben die Kantonalen Spitäler Herisau und Heiden sowie die Kantonale Psychiatrische Klinik (KPK) in Herisau im Rahmen der Vorgaben abgeschlossen. Die guten Zahlen erstaunen vor allem, wenn man berücksichtigt, dass das Spital Herisau 1998 ganzjährig eine Grossbaustelle war und das erneuerte Spital Heiden am Einweihungstag von einem Jahrhundertunwetter heimgesucht wurde. Dessen Folgen lassen sich finanziell jetzt genau beziffern: Am Spital Heiden entstand ein Schaden von 2,5 Mio. Franken, am Pflegeheim von 600 000 Franken. – Alle drei Spitäler weisen nebst dem guten Abschluss noch eine weitere Gemeinsamkeit auf: Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Patienten nimmt stetig ab. Volkswirtschaftlich ist dies erwünscht, betriebswirtschaftlich hat die vermehrte Verlagerung von der stationären auf die ambulante Behandlung jedoch beträchtliche Auswirkungen. Im Spital Herisau sank die durchschnittliche Aufenthaltsdauer innert Jahresfrist von 9,6 auf 9 Tage, im Spital Heiden von 8 auf 7,5 Tage, und in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik in Herisau (KPK) von 185 auf 162,5 Tage. Da zudem in Herisau und in der KPK weniger Patienten stationär aufgenommen wurden, ging dort auch die Zahl der Pflegetage deutlich zurück. In Herisau um gut neun Prozent, bei der KPK um etwa 4,5 Prozent. Heiden konnte sein Betreffnis halten. – Die ständige Verteuerung der Krankenkassenprämien vor allem bei den Halbprivat-

und Privatversicherten hat Befürchtungen aufkommen lassen, dass die Zahl der nur grundversicherten Allgemeinpatienten stark steigen werde, was die Rechnungen der Spitäler negativ beeinflussen würde. 1998 sind die beiden Akutspitäler in unterschiedlichem Mass von dieser möglichen Entwicklung betroffen gewesen. Entgegen den Erwartungen nahm der Anteil der Zusatzversicherten in Herisau von 24 auf 27,5 Prozent zu. In Heiden lief der Trend in die andere Richtung, hier sank der Anteil der Zusatzversicherten von 29 auf 26,5 Prozent. In etwa gleich ist im Spital Heiden, das ja auch für die angrenzenden St.Galler Gemeinden von Bedeutung ist, die geografische Herkunft der Patienten geblieben: Rund zwei Drittel stammen aus dem Kanton und dem innerrhodischen Oberegg. Der Rest kommt vor allem aus Eggersriet, Grub, Thal und Rheineck. Im Bereich der Gynäkologie hat Heiden seine Stellung als regionales Krankenhaus ausgebaut. – Auf die rückläufigen Patientenzahlen haben die Akutspitäler mit einer Verkleinerung des Bettenangebotes reagiert. In Herisau wurde dies auch dadurch erreicht, dass die Zahl der Betten bei den grossen Zimmern jeweils um eine Einheit reduziert wurde. Bei der KPK wurde sogar eine kleinere Station geschlossen. Die KPK ist als Konkordanzspital auch für die Kantone Innerrhoden und Glarus zuständig, wobei Glarus bei den Einweisungen zurückhaltender geworden ist. Die KPK-Patienten stammen zu 69,1 Prozent aus Ausserrhoden, zu 9,4 Prozent aus Innerrhoden und zu 12,2 Prozent aus Glarus; 9,2 Prozent kommen aus der übrigen Schweiz.

Schulwesen

Das Ausserrhoder Schulwesen war 1998 geprägt von kantonalen und kommunalen Schulentwicklungsprojekten. Bei der Behandlung wurde immer auch darauf geachtet, dass die Projekte mit der neuen Schulgesetzgebung übereinstimmen, deren Entwurf Ende Jahr vorgestellt wurde. – Nach den guten Erfahrungen mit der veränderten Schülerbeurteilung auf der Unterstufe wird das Beurteilungssystem schrittweise auf die Mittelstufe ausgedehnt, allerdings mit dem Unterschied, dass die Fachleistungen auf einer vierstufigen Skala nach dem Mass der Lernzielerreichung beurteilt werden. Das gemeinsame Gespräch (Lehrperson, Erziehungsberechtigte, Lernende) mit einer schriftlichen Gesprächsvereinbarung wird ab Schuljahr 1998/99 an allen Klassen und Stufen der Volksschule als verbindlich erklärt. Der Entscheid über die Art der Schülerbeurteilung auf der Sekundarstufe I wird erst nach einer weiteren Evaluation der Primarstufe gefällt. – Nach der Gemeinde Urnäsch setzten im Berichtsjahr Herisau und die Sekundarschule Teufen Schulleitungen ein gemäss den kantonalen Rahmenbedingungen und Leitideen; andere Gemeinden werden folgen. Diese Pilotprojekte werden von der Erziehungs-

direktion begleitet. – Nachdem verschiedenen Gemeinden im Sinne von Schulversuchen veränderte Organisationsformen für die Sekundarstufe I bewilligt wurden (Integration/Kooperation von Sekundarschule und Realschule), entwickelte eine Arbeitsgruppe Vorschläge für verbindliche Strukturmodelle dieser Stufe, welche dann in die neue Schulverordnung aufgenommen werden sollen. – Abgeschlossen werden konnte im Herbst das «Konzept über die sonderpädagogischen Angebote in Appenzell Ausserrhoden». Damit liegt erstmals eine umfassende Darstellung des Ist-Zustands und der Perspektiven vor für die drei Bereiche «Sonderpädagogische Angebote im Rahmen der Regelklassen, IV-Sonderschulung sowie Förder- und Beratungsangebote». Aus dem Konzept geht hervor, dass der Kanton im Bereich der vielfältigen sonderpädagogischen Massnahmen künftig die Führungsverantwortung übernehmen muss. Heute sind zu viele Stellen involviert. Die Umsetzung des Konzepts soll schrittweise im Rahmen der neuen Schulgesetzgebung erfolgen.

Tourismus

Seit dem Rekordjahr 1992 hat die Zahl der Logiernächte in Appenzell Ausserrhoden stetig abgenommen. Im Berichtsjahr konnte dieser Abwärtstrend erstmals gestoppt werden. Mit insgesamt 219 340 Logiernächten kann ein minimer Zuwachs von 531 Logiernächten gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden. Trotz dieser erfreulichen Trendwende bei den Logiernächten besteht aber noch kein Grund zu grossen Freudensprüngen. Die Umsätze der meisten Tourismusbetriebe verharrten auf einem tiefen Niveau. An der Spitze des Verbandes Appenzellerland Tourismus AR (VAT) ist es im Herbst zu einem Wechsel an der Spitze gekommen. Nach 15-jähriger Tätigkeit trat Max Nadig als Geschäftsführer des Verbandes zurück. Interimsweise übernimmt der Ausserrhoder Wirtschaftsförderer Ruedi Aerni in einem 50-Prozent-Pensum die Geschäftsführung des VAT. Der Verband soll neu organisiert und dann ein entsprechender Geschäftsführer gewählt werden. Personelle Wechsel gab es auch bei wichtigen gastgewerblichen Verbänden. Hans Jakob Lanker, Teufen, ersetzt Otto Fitzi, Gais, an der Spitze von Gastro Appenzellerland, und beim Hotelierverein tritt Caspar Lips, Heiden, als Präsident die Nachfolge von Herbert Sidler, Speicher, an.

Appenzeller Bahnen. Der Reiseverkehr konnte mit rund drei Millionen Reisenden auf Bahn und Bus einmal mehr gehalten werden. Die Appenzeller Tageskarte, ein Angebot speziell für die Touristen und Landsleute am Bodenseeufer, entwickelt sich zu einem beliebten und attraktiven Tagesausflugsticket. Es wurden total 2314 Tageskarten verkauft, was einer Zunahme von 24,7 Prozent entspricht. «Gut gibts die Appenzeller Bauern/Bahnen», un-

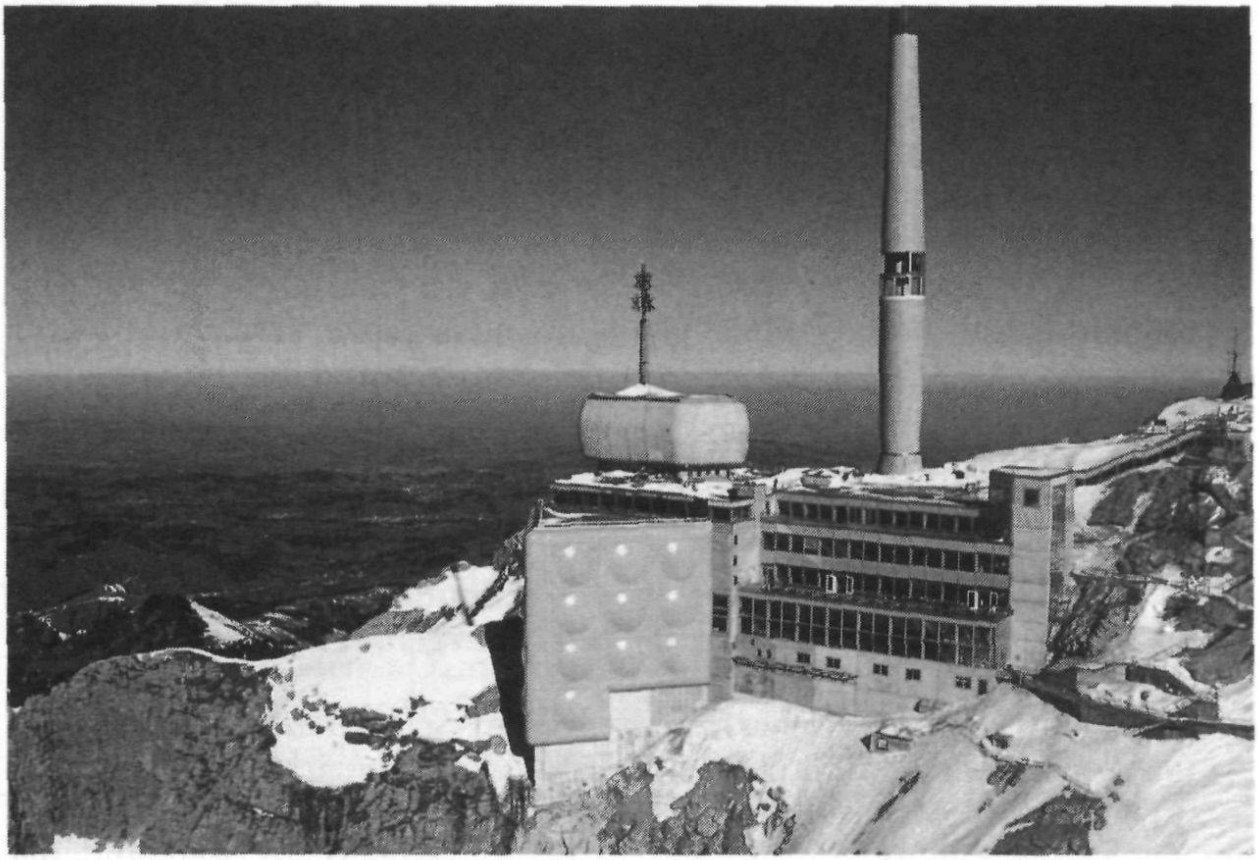
ter diesem Motto führten verschiedene Bauernorganisationen von Ausserrhoden und Innerrhoden während einem Monat eine Informations- und Goodwill-Aktion in den fahrplanmässig verkehrenden Zügen der Appenzeller Bahnen zwischen Gossau und Wasserauen durch.

Trogenerbahn. Dank einer Steigerung beim Abonnementsverkehr liegen die Frequenzen pro 1998 mit rund 1,3 Millionen beförderten Personen um ein Prozent höher als 1997. Rückläufig waren der Einzelreise- und Gruppenreiseverkehr. Am 11. September fand die offizielle Einweihung der neuen Bahnhofanlage Speicher statt. Ein Erfolg war der anschliessende Tag der offenen Tür, bei welchem die Bevölkerung Gelegenheit hatte, das Werk zu besichtigen und auch einen Blick hinter die Kulissen der verschiedenen Abteilungen der Bahn sowie des Elektrizitätswerkes und des Elektrogeschäftes zu werfen.

Rorschach-Heiden-Bergbahn. Nach einem recht guten Frühling brachten der Sommer und vor allem der Herbst fast ausschliesslich Regenwetter. Trotzdem konnte das Vorjahresergebnis in Bezug auf die Anzahl beförderter Personen gehalten werden, die Einnahmen stiegen sogar an. Zum guten Ergebnis trugen eine Tariferhöhung, ein beachtlicher Mehrverkehr vom deutschen Bodenseeufer aus und nicht zuletzt die neue Attraktion der RHB, die Fahrten mit der Dampflok Rosa, bei.

Bergbahn Rheineck-Walzenhausen. Während im Vorjahr die Frequenzen wegen eines verkehrsunfallbedingten Betriebsunterbruchs während der Hochsaison empfindlich zurückgingen, wurde 1998 wieder der Durchschnitt der vergangenen Jahre erreicht, obwohl der Sommer und der Herbst überdurchschnittlich viele Regentage brachten und der Bahnbetrieb wegen Sanierungsarbeiten von Januar bis April eingestellt war. Die Jahresrechnung weist erstmals ein positives Ergebnis aus.

Säntis-Schwebebahn. Der Abschluss der Bauarbeiten beim Projekt Säntis 2000, die verschiedenen Eröffnungsfeierlichkeiten und der Tag der offenen Tür standen im Mittelpunkt des Geschäftsjahres 1998. Erstmals konnten letztes Jahr alle neuen Räume – das neue Panorama-Restaurant, die wettergeschützten Aussichtshallen und die vergrösserten Aussichtsterrassen – für den Betrieb auf dem Säntisgipfel genutzt werden. Nach einem sehr erfreulichen Start im ersten Quartal und vielen Besuchern auf dem Ostschweizer Hausberg bestimmte das schlechte und regnerische Wetter die zweite Jahreshälfte. Trotz dieser ungünstigen Wettersituation erreichte die Säntis-Schwebebahn AG im Vergleich mit den letzten fünf Jahren ein erfreuliches Geschäftsjahr. Der Gesamtumsatz des Unternehmens beträgt rund 12,8 Millionen Franken bei einem Cashflow von 2,5 Millionen Franken. Die Schwebebahn beförderte 465 000 Personen. Dies entspricht



So präsentiert sich der Säntisgipfel nach Abschluss der umfassenden Sanierungs- und Erweiterungsarbeiten.

dem Fünfjahresschnitt oder acht Prozent weniger als im Rekordjahr 1997. Mit den neuen Räumlichkeiten auf dem Gipfel und einem neuen Angebot in allen drei Säntis-Gasthäusern konnte in diesem Bereich der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr um acht Prozent gesteigert werden.

Kulturelles. Der Appenzeller Verlag, unter dem Dach des Appenzeller Medienhauses in Herisau ist weiterhin sehr innovativ. Nachdem der Verlag sein Angebot im Mai bereits an der Internationalen Messe für Buch und Presse in Genf gezeigt hatte, präsentierte sich der Verlag im Oktober zudem erstmals auch an der Internationalen Buchmesse in Frankfurt. Im Frühjahr hatte der Verlag mit «Unruhen» von Werner Bucher und «Die Dornesslerin» von Ernst Züst auf sich aufmerksam gemacht. Nicht nur inhaltlich, sondern auch die handwerkliche Ausgestaltung der beiden Werke stiess allgemein auf positive Resonanz. Zum eigentlichen Verkaufsrenner 1998 im Appenzeller Verlag wurde der grossformatige Säntis-Bildband. – Doppelte Ehre für den in Zelg-Wolfhalden lebenden Schriftsteller Werner Bucher. Für sein Werk «Unruhen» erhielt er den Preis der deutschen Schiller-Stiftung. Als Inhaber des orte-Verlags wurde Werner Bucher zudem von der UBS-Kulturstiftung für seine Verdienste als Verleger ausgezeichnet. – Der Appenzeller Kalender und der Häädler Kalender haben

fusioniert. Der Integration des Häädler Kalenders trägt der Appenzeller Kalender mit einer entsprechenden Unterzeile Rechnung. Der im 287. Jahrgang erscheinende Appenzeller Kalender ist mit Behördenverzeichnissen von verschiedenen Ostschweizer Kantonen versehen. – Die in Herisau lebende Rachel Van der Elst hat im Wettbewerb «Frauenrechte – Menschenrechte» des Bundes schweizerischer Frauenorganisationen den ersten Preis geholt. Die 23-jährige wurde für ihr Porträt von Elisabeth Pletscher, Vorkämpferin für das Frauenstimmrecht in Ausserrhoden, ausgezeichnet. – Der in Herisau aufgewachsene Fotograf Stefan Rohner hat einen der vier Förderpreise der Stadt St.Gallen erhalten. In der Laudatio wird sein vielschichtiges fotografisches und plastisches Werk gelobt, das sich durch einen starken künstlerischen Ausdruck auszeichne. – Die Kantonsschule Trogen hat unter der Leitung von Gerhard Falkner, Jürg Surber und Gisa Frank Purcells Oper «Dido und Aenas» und das Hörspiel «Der gute Gott von Manhattan» von Ingeborg Bachmann als ein Werk aufgeführt und mit Tanz verbunden. Für diese Aufführung ist die Kantonsschule von der Internationalen Bodenseekonferenz mit einem Förderpreis ausgezeichnet worden. – Der Lehrer und Filmer Jost Schneider hat einen Film über den Urnäscher Holzbildhauer und Modelstecher Hans Neff realisiert. Der Film soll Auftakt zu einer Reihe von Filmen über aussterbende Berufe sein.

Sport

Auszeichnungen. Auch im Jahre 1998 konnten in Ausserrhoden verschiedene Vereine, Teams, aber auch Einzelsportlerinnen und -sportler für besondere Leistungen ausgezeichnet werden. Die Unterstützung erfolgte mit Geldern aus dem Lotteriefonds. Eine Auszeichnung erhielten als Einzelsportler: Iris Zürcher, Herisau (Schlittenhundefahren); Armelia Egli, Herisau (Schwimmen); Carol Schoop, Steven Schoop, Christoph Schindler, alle Karateschule Herisau; Hans Koller, Stein (Leichtathletik); Stefan Troller, Herisau (Leichtathletik); Sabrina Heiniger, Andi Züger, Christoph Heiniger, Sarah Langenauer, Marco Schindler und Corinne Sturzenegger, alle Badminton-Club Trogen-Speicher. Folgende Teams und Vereine wurden ausgezeichnet: SC Herisau Novizen (Eishockey-Schweizer-Meister); Turnverein Teufen für diverse Medaillenränge im Mannschaftswettkampf, bei Einzelwettkämpfen und in der Rhythmischen Sportgymnastik; Turnverein Stein (Schweizer Meister Gymnastik Kleinfeld. – *SC Herisau.* Nachdem die erste Mannschaft des SC Herisau am Ende der Saison 1996/97 in die Nationalliga A aufgestiegen war, tat sich das Team in der obersten Spielklasse recht schwer. Nach anfänglichen Erfolgen folgte Niederlage auf Niederlage. Auch ein Trainerwechsel brachte nicht den gewünschten Erfolg. Am Schluss der Saison 1997/98 war der Abstieg Tatsache, weil die Appenzeller in den

Playoff-Spielen um den Ligaerhalt bzw. Aufstieg dem NLB-Leader Langnau im entscheidenden Spiel unterlagen.

Quer durch den Kanton

Personelles. Der Bundesrat hat den Ausserrhoder Regierungsrat Ueli Widmer zum neuen Direktor des Bundesamtes für Raumplanung gewählt. Der Trogener hat seine neue Funktion Mitte Jahr angetreten. – Max Ehrbar ist neuer Ausserrhoder Landweibel. Der Regierungsrat hat ihn als Nachfolger von Jakob Freund gewählt, der das Nebenamt seit 1987 inne hatte. – Der Ausserrhoder Landammann und Finanzdirektorin Marianne Kleiner ist an der Delegiertenversammlung als Vizepräsidentin der Schweizerischen FDP gewählt worden. – Dorji Tsering heisst ab dem 1. April der neue Leiter des Kinderdorfes Pestalozzi in Trogen. Der 44-jährige kennt das Kinderdorf aus eigenem Erleben. Als tibetanisches Flüchtlingskind wohnte er zwischen 1964 und 1976 im Kinderdorf. – Seit Anfang April ist das Führungsgremium der Kantonalen Psychiatrischen Klinik (KPK) in Herisau wieder komplett. Bruno Kägi hat das Amt des Chefarztes als Nachfolger von Rüdiger Meinecke übernommen. Mitglieder der Klinikleitung sind im weiteren die kaufmännische Leiterin Iris Eggenberger und Pflegedienstleiter Rolf Röthlisberger. – An der Spitze des Spitex-Kantonalverbandes AR hat Annette Näf, Heiden, den bisherigen Präsidenten René Kunz, Teufen, abgelöst. - Der frühere Ausserrhoder Landammann Hans Höhener ist von den Mitgliedern der Ostschweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (ORG) zum neuen Präsidenten gewählt worden. – Hans Saxer übernimmt die Nachfolge des zum Herisauer Gemeindehauptmann gewählten Kreiskommandanten Kurt Kägi. Saxer war bisher stellvertretender Kreiskommandant. Mit der Wahl Saxers gab der Ausserrhoder Regierungsrat gleichzeitig bekannt, dass man darauf verzichtet habe, zusammen mit Innerrhoden ein gemeinsames Kreiskommando zu schaffen. – Matthias Weishaupt hat Anfang September Johannes Schläpfer, der seit August 1997 Prorektor der Kantonsschule Trogen ist, als Ausserrhoder Kantonsbibliothekar abgelöst. In der vor rund 100 Jahren gegründeten Kantonsbiliothek in Trogen werden über 35 000 Titel aufbewahrt. Der 37-jährige Weishaupt ist der erste hauptamtliche Leiter der Kantonsbibliothek. – Seit der Schaffung einer Ausserrhoder Kantonspolizei im Jahre 1972 ist Walter Kamm Chef der Verkehrspolizei. Auf Ende September ist er nach 38 Jahren im Dienste der Polizei in Ausserrhoden in den Ruhestand getreten. Seine Nachfolge hat Kurt Lutz übernommen. – Ende Jahr ist Gisela Fehrlin, St.Gallen, nach 15-jähriger Tätigkeit als Schreiberin der Evangelischen Kirche beider Appenzell in den Ruhestand getreten. Zu ihrem Nachfolger wurde Hans-Peter Ramsauer, Waldstatt, gewählt. Im Laufe des

Jahres hat der Evangelische Kirchenrat beider Appenzell seinen Sitz von der Kreuzstrasse in Herisau in repräsentablere Räumlichkeiten am Trogener Dorfplatz verlegt.

Appenzeller Zeitung. Am 28. März ist die «Appenzeller Zeitung» aus dem Appenzeller Medienhaus in Herisau letztmals im «alten Kleid» erschienen. Am Montag, 30. März, präsentierte sich die «Appenzeller Zeitung» ihren Leserinnen und Lesern in neuem Gewand. Den überregionalen Teil steuert neu das St.Galler Tagblatt bei, für den Regionalteil für Ausserrhoden und Innerrhoden ist weiterhin die Redaktion in Herisau allein verantwortlich. Gedruckt, und zwar mit teilweise farbigen Bildern, wird die «Appenzeller Zeitung» im Hause Zollikofer, Herausgeberin des St.Galler Tagblatts. Im Rahmen der Zusammenarbeit hat die Zollikofer AG zugleich eine Minderheitsbeteiligung von rund 40 Prozent am Appenzeller Medienhaus übernommen. Gründe für die Zusammenarbeit sind neben dem anhaltenden Inseraterückgang vor allem die Kündigung des Zusammenarbeitsvertrags der Druckerei Flawil AG (Flawiler Volksfreund) mit der Appenzeller Zeitung. Die Druckerei Flawil ist ebenfalls eine Zusammenarbeit mit der Zollikofer AG eingegangen, ebenfalls «Der Rheintaler», welcher auch mit der Appenzeller Zeitung zusammenarbeitete.

Bürgschaftsgenossenschaft. 55 Jahre nach ihrer Gründung ist die Appenzell-Ausserrhodische Bürgschaftsgenossenschaft Ende Januar aufgelöst worden. Die Auflösung war einerseits eine Folge der Übernahme der Ausserrhoder Kantonalbank durch die Schweizerische Bankgesellschaft, anderseits aber auch der allgemeinen wirtschaftlichen Rezession. Das Genossenschaftskapital von rund 560 000 Franken wurde an die Inhaber der Anteilscheine zurückbezahlt.

Strafanstalt Gmünden. Vor zehn Jahren war mit der Planung der Gesamtsanierung der Strafanstalt Gmünden begonnen worden. Mitte Jahr konnte die Fertigstellung des Vorhabens im Beisein zahlreicher Gäste gefeiert werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 8,3 Millionen Franken, nach Abzug der Bundessubventionen von 3,6 Millionen Franken verbleiben Ausserrhoden noch Kosten von rund 4,8 Millionen Franken. Ziel des Ausbaus war es, die Möglichkeiten zur Resozialisierung zu verbessern, insbesondere wurde eine bessere Trennung von Wohn- und Arbeitsbereich angestrebt.

Asylgesuche. In Ausserrhoden ist die Zahl der Asylsuchenden im Jahre 1998 mit neun Prozent weniger stark gestiegen als erwartet. Der Bund wies dem Kanton 310 (Vorjahr 177) asylsuchende Personen zu. Insgesamt 222 Asylverfahren wurden abgeschlossen. Die Zahl der im Kanton anwesenden Asylsuchenden stieg von 217 auf 312 Personen. Im Jahre 1998 wurden in Ausserrhoden sechs Personen als



Die umfassende bauliche Sanierung der Strafanstalt Gmünden ist abgeschlossen worden. (Bild: H9)

Flüchtlinge anerkannt und drei Asylsuchenden wurde aus humanitären Gründen eine Aufenthaltsbewilligung erteilt.

Kriminalstatistik. Die Kriminalstatistik 1998 erfasste in Ausserrhoden 1154 Delikte gemäss Strafgesetzbuch und Betäubungsmittelgesetz, im Vorjahr waren es 174 Straftaten weniger gewesen. Von 110 auf 150 zugenommen hat auch die Zahl der Einbruchdiebstähle, zugenommen haben auch Diebstähle, Veruntreuungen und Betrügereien.

Unfallstatistik. Die Zahl der Verkehrsunfälle ist in Ausserrhoden im Jahre 1998 erstmals seit 1995 wieder gestiegen. Mit 378 polizeilich registrierten Unfällen lag die Zahl um 69 über derjenigen des Vorjahres. Drei Menschen wurden bei Unfällen getötet, 23 schwer- und 115 leicht verletzt. Häufigste Unfallursache war in 147 Fällen übersetzte Geschwindigkeit.